

Meine Damen und Herren,

im Vortrag möchte ich Ihnen Ergebnisse einer Recherche über das Exil deutscher und österreichischer Polit- und Wirtschaftsemigranten in der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen vor- und zur Diskussion stellen. Unter Rückgriff auf 159 Kader- bzw. Strafakten sowie die von der Gestapo in Deutschland durchgeführten Vernehmungen von 34 Ausgewiesenen lässt sich der Aufenthalt von 88 deutschen und 71 österreichischen Exilanten in der RdWD skizzieren. Hinzu kommen Artikel aus der in Engels erschienenen deutschsprachigen Zeitung „Nachrichten“. Zur Rekonstruktion der Einflussnahme der Moskauer Exilleitung der KPD, der Komintern- oder der MOPR auf die Kaderpolitik in der RdWD sind weitere Recherchen im Moskauer Russländischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte und im GA RF erforderlich. Ich wünsche mir, dass von dieser Tagung Impulse ausgehen, diese Leerstelle in der Geschichte der ASSRdWD zu schließen.

In der neueren Memoirenliteratur, die sich durch die Einbeziehung der Familiengeschichte, der doppelten Verfolgung der Emigranten, ihrer Angehörigen, Ehepartner und Kinder unter Hitler und Stalin sowie des Kampfes der Überlebenden um Rehabilitierung auszeichnet, finden sich u.a. Hinweise auf den in Engels 1923 gegründeten Deutschen Staatsverlag, das 1931 eröffnete Deutsche Staatstheater, das Ende 1934 eingerichtete Filmatelier, das Deutsche Pädagogische Institut oder die Zeitung „Nachrichten“, um nur einige, mit dem deutschen Exil verbundene Einrichtungen zu nennen. Betriebe, die Fachkräfte einstellten finden ebenfalls Erwähnung, nur stehen sie hier, anders als an anderen Exilorten, an zweiter Stelle. Die Wolgarepublik war ein Experimentierfeld der Kulturrevolution.

Nur wenige der in den Jahren 1931 bis 1935 in der Wolgarepublik eingetroffenen Emigranten waren Facharbeiter. 1931/32 waren es 22 in Österreich und 13 in Deutschland angeworbene Spezialisten, 1933/34 reisten 21 deutsche Fachkräfte an, 1934/35 folgten 17, meist Schutzbündler aus Österreich. Eine verschwindend geringe Zahl, wenn man in Rechnung stellt, das zwischen April 1934 und November 1935 ca. 750 Personen aus Wien angekommen waren.

Die Berichte über die Ankunft in der Wolgarepublik spiegeln die Hoffnungen und Träume der Emigranten, nur werden diese von den Erinnerungen an Verhaftung, Gefängnishaft und Transport in die Gulags überschattet.

Auf die Meldungen über den niedergeschlagenen Aufstand in Österreich folgten Berichte über die Ankunft von 300 Schutzbund-Mitgliedern in der Sowjetunion. In Abstimmung mit der MOPR waren die Gewerkschaften für die Betreuung und Verteilung der Facharbeiter auf 25 Produktionszentren zuständig. Die Metallarbeiter fanden Arbeit in Charkow, Gorki, 170 in Leningrad oder Rostow. Der nach Engels geschickte Franz Leinmüller blieb hier ein knappes Jahr, dann ging er nach Gorki. Karl Weidner schrieb im Juni 1933 an das EKKI in Moskau: „Meine russischen Sprachkenntnisse sind vorläufig noch sehr mangelhaft, sie reichen gerade zu mühsamer Verständigung und zum Lesen der Zeitung, wenn ich ein Wörterbuch und viel Zeit zur Verfügung habe“.

Die Moskauer Führung wusste um die Sprachbarriere und die Konflikte zwischen Russlanddeutschen und Emigranten, die es nicht nur in der Provinz sondern auch in der Deutschen Sektion der „Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens“ gab. In den Vernehmungen der Rückkehrer durch die Gestapo kamen auch die Drangsalierung und aktive Mitwirkung von Politemigranten an Repressalien gegen Russlanddeutsche zur Sprache. Als die Exilanten in der Wolgarepublik eintrafen, begann dort die Kampagne gegen „Faschisten und ihre Handlanger“, die an das den Exilanten vertraute Feindbild anknüpfte. Im Führungszirkel der KPD – die „Nachrichten“ enthalten diesbezügliche Berichte – wurde viel getan, um mit Hilfe von Schriftstellern, Filmemachern und Theaterleuten aus Deutschland Aufbauarbeit in der RdWD zu leisten. Dies war, auch das belegen die Artikel, mit einer Unterdrückung lokaler Initiativen und Bestrebungen der nationalen Intelligenz verbunden.

Der folgende Auszug aus dem Bericht über einen Subbotnik schildert eine typische Konfliktsituation: „Nach der Bekanntmachung, dass die Schutzbündler das Cheftum über die Kolchose übernehmen und am freien Tag kommen, um sich mit den Kolchosbauern zu verbrüdern, da setzte an dem festgesetzten Tage ein Murren und offene Rebellion ein.“ Die ärgsten Schreier unter den Bauern wurden von der GPU verhaftet. „Der Empfang in der Kolchose war alles eher denn freundlich [...] Alles war so frostig und musste mit Gewalt aufrechterhalten werden. [...] In derselben Kolchose, nur Monate später, als wir die Kirche zu einem Klub umbauten und den Friedhof in einen Kulturpark umgestalteten, wieder heftiges Murren, aber die Furcht vor dem Schicksal der ersten Verhafteten unterband jeden Gewaltakt.“

Die Vorstellungen der Exilanten und der Vertreter der nationalen Intelligenz über die Durchsetzung der nationalen Souveränität gingen weit auseinander.

Mit der 1933 einsetzenden Flucht politisch und rassistisch Verfolgter vor dem Naziterror, erfuhr die Wolgarepublik eine Aufwertung als Exilort. Helmut Schinkel wies darauf hin, dass die in Engels verlegten Bücher „zum Teil qualitativ völlig ungenügende Übersetzungen darstellen“. Lehrbücher für das Landwirtschafts-Institut in deutscher Sprache mussten auch nach 1933 in Deutschland gekauft werden. Anfang 1934 war vom Mangel an politischer Literatur der VEGAAR die Rede, es gab es kaum Klassikerausgaben in deutscher Sprache. Für die Pflege der Dialekte brachten die Zugereisten, vor allem Theaterleute und Filmemacher, wenig Verständnis auf.

An den in Engels vorhandenen Ausbildungsstätten sollten die Kader für ihren späteren Einsatz in einem sozialistischen Deutschland ausgebildet werden. Lotte Strub, die im Mai 1934 mit Friedrich Wolf in die Sowjetunion gekommen war, meldete sich unmittelbar nach ihrer Ankunft im Ministerium für Volksbildung.

„Empfangen wurde ich“, erinnert sich Lotte Strub, „von Krupskaja, der Witwe Lenins. Sie wollte wissen, warum ich aus Deutschland geflohen war und welche politische Arbeit ich geleistet hätte. ‚Ich war Pionierleiterin‘, antwortete ich ihr. ‚Nun, deswegen hätten sie nicht fliehen müssen. Möglicherweise hätten sie drei Jahre Gefängnis zu erwarten gehabt. Das hätten sie hinter sich bringen können. Danach wären sie für den weiteren politischen Kampf zur Verfügung gewesen.‘ Nachdenklich schaute sie auf ihren Schreibtisch, dann meinte sie: ‚Und überhaupt, höchstens drei, vier Jahre wird sich der Faschismus in Deutschland halten

können.' Jetzt, da ich da wäre, würde man mir helfen. Sie habe die Absicht, mich aufs deutschsprachige Lehrerinstitut zu schicken, nach Engels. Mir war diese Stadt nur aus Erzählungen bekannt, denn [Friedrich] Wolf hatte mit dem dortigen Theater Kontakte geknüpft. Krupskaja erklärte mir, ich solle dort am Pädagogischen Institut die Historische Fakultät besuchen. Ich bat sie darum, die Fakultät für Literatur belegen zu dürfen, das entspräche mehr meinen Interessen. ‚Nein‘, lehnte sie meinen Wunsch ab: ‚Nach der Herrschaft Hitlers brauchen wir geschulte Kräfte in Deutschland.‘ Es war nichts zu machen. Sie meldete mich in Engels an der ‚Historischen Fakultät‘ für die von ihr gewünschte Ausbildungsrichtung an. Hier herrschte Lehrermangel, es war nicht möglich, alle Fächer in Deutsch zu unterrichten.

Lotte Strub hat die Auswirkungen der Hungerkatastrophe 1933, die Verfolgung der zu Sündenböcken erklärten Kulaken erlebt und beschrieben. „Auf den Straßen von Engels liefen spielende Kinder herum. Sie hatten große aufgedunsene Bäuche, die Beine und die Ärmchen waren spindeldürr. Später fragte ich nach dem Grund dafür: „Ja, es hat eine große Hungersnot gegeben, und die ist noch nicht ganz überwunden. Schuld sind die ‚Kulaken‘.“

Klara Dehl nahm im Herbst 1933 ein Studium an der Deutschen Landwirtschaftlichen Schule in Engels auf. Ihr und ihren vor dem Hitlerterror geflohenen Genossen begegnete die Administration mit zunehmendem Misstrauen. „Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland hat einen Anstieg der Aktivitäten bürgerlich-nationalistischer Kräfte zur Folge“, heißt es in einem Beschluss des Gebietskomitees der KPdSU(B) vom 27. Juni 1934 „Über die internationalistische Ausbildung an Schulen“. Brunhilde Hebel und ihr Mann Rudolf trafen Ende 1936 in Engels ein. Rudolf arbeitete, wie 14 andere Emigranten auch, als Lehrer. Die Eheleute wurden verhaftet und nach dem Hitler-Stalin-Pakt mit 31 Mitgefangenen an die Gestapo übergeben.

Anfang Juni 1934 lagen Stalin Berichte über die massive finanzielle Unterstützung (es handelte sich um Geldüberweisungen zwischen 5 und 10 RM) der hungernden Bauern in der Wolgadeutschen Republik vor. Die Aufforderung, das Geld der MOPR zu übergeben bzw. dessen Annahme zu verweigern, stieß auf taube Ohren. Die Bauern, die nicht einmal Maismehl vorrätig hatten, konnten in den Torgsinläden für Valuta Fisch und Mehl einkaufen.

Nach Protesten der Deutschen Botschaft über die Behinderung der Wohlfahrtsorganisation „Brüder in Not“ im August 1934, einer Reaktion auf den Beschluss des PB der KPdSU(B), wurde im September eine Künstlerdelegation in die ASSR geschickt, um sich vor Ort ein Bild zu machen und Argumente gegen die in der deutschen faschistischen Presse kommentierte Kampagne zu sammeln. Das Theater sollte sich aktiv an der Konterpropaganda beteiligen. Jeder, der Kontakte nach Deutschland oder zur Botschaft oder den Konsulaten Kontakte unterhielt, war verdächtig. Auslandspost wurde an das NKWD weitergereicht. Von Mai bis Dezember 1936 lief in der Kaderabteilung des EKKI eine diesbezügliche Überprüfung.

Erwin Piscator hatte 1935 eine von der Komintern mitgetragene Zielstellung formuliert, ein „deutsches Kulturzentrum, auch Kulturkombinat genannt (unter Einbeziehung von Theater, Literatur und Film), für die Sowjetunion“ zu schaffen. Die vielfach „isoliert voneinander arbeitenden Kader“ [der Theater- und Filmbranche] mussten sowohl „innerhalb ihres Genres als auch hinsichtlich der Wechselwirkung zwischen den Genres kooperativ“ gebunden werden. Stichwortgeber waren Brecht, Bredel, Wolf, Kollwitz, Max Reinhard.

Diese Initiativen der Exil-Schauspieler, denen an der Transplantation der antifaschistischen reichsdeutschen Kultur gelegen war, wurden von den einheimischen Intellektuellen, die für eine „wolgadeutsche Kultur“ (einschließlich der Pflege ihrer Dialekte) eintraten, nicht angenommen. Im Sommer 1936 reiste Piscator ab, die von ihm begonnene Arbeit wurde nicht weitergeführt. Anstelle der in den „Nachrichten“ kritisierten Literaturzeitschrift „Kämpfer“ wurde von nun an für die in Moskau herausgegebene Zeitschrift „Das Wort“ geworben. Erich Weinert und Ernst Busch trafen den Nerv der Leser offensichtlich besser, als die o.g. Stichwortgeber.

Im Anschluss an die Meldung über den Besuch von Busch und Weinert in der Redaktion der „Nachrichten“ veröffentlichte die Zeitung das kurz darauf vertonte Gedicht von Erich Weinert „Rotes deutsches Wolgaland“.

Das Scheitern des kulturevolutionären Konzeptes und die Angst vor der Verhaftung veranlassten einige Schauspieler 1937, um den Einsatz in einem Industriezentrum oder um die Kommandierung nach Spanien zu bitten.

Seit April 1935, also bereits vor Beginn der „deutschen Operation“ des NKWD, waren Repressalien gegen Emigranten aus Deutschland und Österreich in der Wolgarepublik, denen faschistische Propaganda vorgeworfen wurde, an der Tagesordnung. Zu den ersten Verhafteten gehörten sieben österreichische Spezialisten, die im Mähdrescherwerk arbeiteten. Sie wurden zu Gulagstrafen verurteilt und später ausgewiesen.

Darauf folgte der im Februar 1936 angenommene Beschluss des ZK der KPdSU(B) „Über Maßnahmen, die die UdSSR gegen das Eindringen von Spionen, Terroristen und Diversanten schützen“. In der Wolgarepublik wurde im Frühjahr 1936 eine von Willi Leow geleitete „konterrevolutionäre, trotzkistisch-faschistische, terroristische Organisation“ konstruiert, der anfangs zehn Teilnehmer zugerechnet wurden. Dem Prinzip der Kontaktschuld folgend, wurde daraus ein Netzwerk. Im August 1936 fasste das Büro des Gebietskomitees der KPdSU(B) der ASSRdW einen Beschluss „Über die Tätigkeit konterrevolutionärer trotzkistischer Gruppen in den Redaktionen der Zeitungen ‚Nachrichten‘, ‚Rote Jugend‘, im Deutschen Staatsverlag, der Deutschen Kommunistischen Landwirtschaftshochschule und dem Pädagogischen Institut“.

Die Untersuchung im Fall der von Leow geleiteten trotzkistischen Gruppe wurde im November 1936 abgeschlossen. Die Parallelen zum im August 1936 durchgeführten Moskauer Schauprozess gegen das „trotzkistisch sinowjewistische Zentrum“ liegen auf der Hand. Fünf der 16 in diesem Prozess Angeklagten waren Mitglieder oder Sympathisanten der KPD. Leow hatte angeblich in ihrem direkten Auftrag gehandelt. Diesem von Stalin und dem Politbüro bestätigten Szenario folgend, suchte das NKWD in Saratow und Engels unter den deutschen Politemigranten verstärkt nach „Trotzkisten“. Wie im Moskauer Drehbuch wurde im Pädagogischen Institut in der Wolgarepublik eine trotzkistische „Verschwörung“ aufgedeckt.

Als Alexander Krinickij, 1. Sekretär des Saratower Obkom, im März 1937 auf dem ZK-Plenum in Moskau das Wort ergriff, wurde er von Stalin mit dem Zwischenruf unterbrochen: Почему у вас в немецких районах нет немецких секретарей? Немцев не стало? Eine

zutreffende Beobachtung, denn im März 1937 wurden jene Parteimitglieder, die eine finanzielle Unterstützung aus Deutschland erhalten hatten oder Kontakt zu Botschaften oder Konsulaten unterhielten, aus der Partei ausgeschlossen. Der im Mai 1937, zwei Monate vor Beginn der deutschen Operation des NKWD, in der ASSRdWD entlarvten Spionageorganisation gehörten u.a. der Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU(B) Christian Gorst, der Vorsitzende des ZEK der ASSR Johannes Schwab und der für Nationalitätenfragen zuständige Alexander Schneider an.

In Saratow fanden Erschießungen statt, hier wurden Häftlingstransporte nach Karaganda oder Workuta zusammengestellt. Der Terror erfasste alle, vom Facharbeiter bis zum hierher versetzten Mitglied des ZK der KPD. Einigen Angehörigen der Verhafteten gelang mit Hilfe der Deutschen Botschaft die Flucht. Herwald Waldens Frau konnte nach Berlin zurückkehren. Ihr im März 1941 verhafteter Mann, zuständig für die Schülerbibliothek des Staatsverlages, kam im Oktober 1941 in einem Gulag bei Saratow ums Leben. Die Schriftstellerin Maria Osten, Michail Kolzows Freundin, wurde verhaftet, der Spionage beschuldigt, zum Tode verurteilt und 1942 erschossen.

Die KPD-Führung in Moskau wusste von den „Repressalien“, unternahm jedoch nichts gegen die Verfolgung ihrer Genossen. Gegenüber dem NKWD leistete sie „Amtshilfe“ durch Bereitstellung von „kompromittierendem Material“. In den Kaderakten folgt auf das Datum der Verhaftung der Vermerk über den Ausschluss aus der KP. Die Begründung hierfür entsprach, wie im Falle des 2. Bundesführers des RFB, Willi Leow oder des für die „Nachrichten“ tätigen Journalisten Matthias Lückel den Anklageformeln: „Wegen Verbindung mit partei- und klassenfeindlichen Elementen und Begünstigung ihrer Verbrechen infolge mangelnder politischer Wachsamkeit“.

Das Sekretariat des EK der Komintern schlug Jeshow im Januar 1936 vor, den in der Verfassung verankerten „Zustrom der Politemigration in die UdSSR“ zu begrenzen, weil Spione und Diversanten unter dem Deckmantel von Politemigranten in die Sowjetunion einsickern.

Im Mai 1936 bat die Deutsche Sektion beim EKKI die Gebietsleitung der MOPR in Engels, „uns recht schnell mitzuteilen, was in den letzten Wochen in Engels alles vor sich gegangen ist. Soweit wir informiert sind, wurden dort einige Genossen weggeholt. Ihr müßt uns so etwas immer sofort mitteilen. Eventuell auch warum und auch wenn die Genossen wieder freikommen. Solche Fälle gibt es bei euch schon.“ Das Antwortschreiben vom Juni 1936, enthält die Namen von 12 Verhafteten.

Die „deutsche Operation“ des NKWD begann am 30. Juli 1937 und dauerte bis November 1938. Zu den Opfern gehörte der in Wien geborene und im Auftrag der Komintern in die Region entsandte Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der ASSR Wilhelm Kurz. Er wurde im November 1937 verhaftet, zum Tode verurteilt und im Mai 1938 erschossen.

Paul Jäkel, Mitarbeiter der Deutschen Vertretung beim EKKI, informierte am 29. April 1938, d.h. während der „deutschen Operation“ des NKWD, das ZK der KPD: „dass über 70% der Mitglieder der KPD verhaftet sind. In der Provinz, z.B. in Engels ist kein einziger Genosse mehr in Freiheit.“

In Anbetracht dieser Lage unternahmen Walter Ulbricht und Georgi Dimitroff im Januar 1941 den Versuch, sich einen Überblick über die Exilanten in der UdSSR zu verschaffen. Ihre interne Einschätzung, dass der Versuch, die Politemigranten in der russischen Provinz zu integrieren, gescheitert ist, lässt jede Selbstkritik vermissen, die Fehler lägen ausschließlich bei der MOPR und den Gewerkschaften, von denen verlangt wurde, die Arbeit mit den Politemigranten grundlegend umzugestalten.